

Auf nach Bonn gegen die Kriegs-Konferenz!

Am 5. Dezember findet in Bonn die so genannte Afghanistankonferenz statt. Die Friedensbewegung, linke und revolutionäre Gruppen und Initiativen nehmen dieses Treffen zum Anlass, um gegen den Krieg in Afghanistan auf die Straße zu gehen und deutlich zu machen, dass die Truppen sofort und bedingungslos abziehen müssen.

Vor zehn Jahren am 7. Oktober 2001 begannen die **US-Streitkräfte** mit der Bombardierung Afghanistans. Die Bundeswehr beteiligt sich **seit Ende 2001 an** dem Kriegseinsatz. Vor zehn Jahren tagte die erste Afghanistan-Konferenz im Gästehaus der Bundesrepublik Deutschland auf dem Petersberg bei Bonn. Dort wurde Hamid Karzai als Präsident des Landes am Hindukusch eingesetzt. Zehn Jahre später, am 5. Dezember 2011, treffen sich die Kriegsherren und ihre afghanischen Verbündeten erneut in Bonn. Dazwischen liegen zehn Jahre Krieg, Zerstörung und endloses Leid für die afghanische Bevölkerung..

Nato-Terror gegen die Bevölkerung

Folter, nächtliche Razzien, Bombardierungen von Wohnhäusern und **Erschießungen** gehören zum grausamen Alltag der **afghanischen** Bevölkerung. Immer mehr ZivilistInnen werden Opfer von Militäraktionen. Auch die **Bundeswehr** ist direkt an der Ermordung von **ZivilistInnen** und der Niederschlagung von **Protesten** beteiligt...Als drittgrößter Truppensteller ist die BRD fundamental am Krieg beteiligt und für Kriegsverbrechen wie das Massaker in Kundus 2009 bei dem über Hundert Menschen – davon mindestens 22 Kinder – getötet wurden, verantwortlich.

Schrecken ohne Ende

Auch nach zehn **Jahren** sieht die Bilanz für die **Nato** in Afghanistan düster aus. Trotz der **steigenden Militärpräsenz** konnte sie das Land nicht in ihrem Sinne stabilisieren. Der Krieg hat sich längst auch auf Pakistan ausgeweitet. **Nato-Kampfhubschrauber** attackieren auch **Ziele im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet**. **Laut Aussagen von Politikern...soll der Kriegseinsatz 2014 beendet sein** und die „**Sicherheitsverantwortung**“ an die afghanische Regierung übergeben **werden** – allerdings **nur wenn** es die „**Sicherheitslage**“ zulässt. **Außerdem** sollen auch nach 2014 **Militärstützpunkte** auf lange Sicht weiterbestehen und militärische Ausbilder im Land **bleiben**. Ein Ende der imperialistischen Besatzung und Kontrolle ist **nicht abzusehen**.

Krieg im Interesse der Bevölkerung?

Wenn es **um den Krieg** in Afghanistan geht sind immer wieder **Argumentationen** zu hören, denen zufolge **die afghanische** Bevölkerung die militäri-

sche **Unterstützung** der Nato benötige, um sich gegen die Taliban zur Wehr zu setzen. Die Taliban sind ohne Zweifel eine reaktionäre, dem Fortschritt feindlich gegenüberstehende Kraft. Nur, das ist die Nato erst recht. In der herrschenden öffentlichen Meinung wird allerdings ein ganz anderes Bild gezeichnet: Die Nato gilt als Verteidigerin von Menschenrechten und Demokratie. Umso verständlicher sind die empörten Reaktionen von Teilen der bürgerlichen Medien und Politik wenn einzelne Politiker wie Köhler oder Guttenberg offen zugeben, dass wirtschaftliche Interessen und „Sicherheitspolitik“ –sprich Krieg –selbstverständlich etwas miteinander zu tun haben. Die geostrategische Lage, die Erschließung der Ressourcen des Landes für den Weltmarkt und die politische wie wirtschaftliche Einflussnahme in der Region sind Gründe für den Krieg...

Widerstand gegen Nato und Karsai

Der Widerstand der afghanischen Bevölkerung gegen die Besatzung nimmt zu. Immer häufiger gibt es Demonstrationen gegen die Nato-Truppen und die afghanische Regierung. Auch die Anschläge gegen die militärische Infrastruktur der Besatzer reißen nicht ab. Die Nato will ihren Einsatz damit legitimieren, dass sie auf ausdrücklichem Wunsch der afghanischen Regierung im Land aktiv sei. Das Karsai-Regime wurde von der Nato eingesetzt und handelt im Interesse **der** westlichen Staaten. Dass sich dieses Regime **für** eine Nato-Präsenz ausspricht ist **somit kein** Wunder. Linke afghanische Organisationen wie die Frauenorganisation RAWA, die **Solidaritätspartei** oder die **Communist (Maoist) Party** kämpfen seit Jahren gegen die Besatzer, gegen die afghanische Regierung und gegen **die** fundamentalistischen Gruppen im **Land**.

Nato – eine „Quelle der Hoffnung“ für das Kapital

...**Es geht** der Nato keineswegs um die **Freiheit** und Sicherheit der Bevölkerungen, sondern vielmehr um einen freien **Kapital** und Warenverkehr und die Sicherheit des **Besitzes** der herrschenden Klasse. Aus Sicht der Nato **gilt** ein Staat **als** stabil und erfolgreich, **wenn** das **Investitionsklima** gut ist, das **heißt das** Eigentum **geschützt** wird und den **Profitinteressen** nichts im Wege **steht**. Zur Durchsetzung **der Interessen** der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden, wenn **andere Mittel nicht mehr** ausreichen, **Kriege** geführt und **Länder** besetzt. Staaten mit **besonderer** ökonomischer oder politischer Bedeutung, wie die rohstoffreichen Länder des Mittleren Ostens, werden von den imperialistischen Staaten entweder eingebunden oder unterworfen bzw. zu

einem Regime-Wechsel durch aktive Intervention veranlasst. Beispiele für derartige Kriegseinsätze der Nato sind Jugoslawien, Afghanistan, Irak und seit März auch Libyen.

Imperialismus – kein Relikt der Vergangenheit

Zwischen den führenden Industriestaaten und den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika besteht auch im 21. Jahrhundert ein internationales Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis. Mittels internationaler Abkommen und über Organisationen wie IWF, WTO und Weltbank sichern sich die führenden kapitalistischen Staaten und die großen Konzerne den Zugriff auf Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte. Die USA, Japan und die EU nutzen ihre ökonomische, politische und militärische Macht, um weltweit ihre Interessen durchzusetzen. Obwohl sie auch in Konkurrenz zueinander stehen, haben sie ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung der globalen kapitalistischen Ordnung. Dabei geht es ihnen unter anderem um die Sicherung der Energiezufuhr und um einen reibungslosen internationalen Kapital- und Warenverkehr...

Aggression nach außen – Sozialabbau und Repression nach Innen

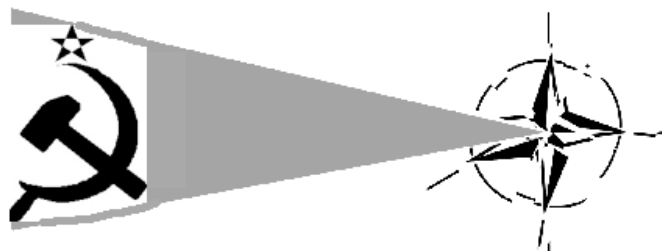
Die militärische Absicherung des Kapitalismus spielt eine zentrale Rolle. In den Diskursen der Herrschenden werden immer wieder Strategien zur Sicherung der eigenen Macht angesichts der Bedrohung durch soziale Unruhen thematisiert. In einem Beitrag in Griephan Global Security heißt es beispielsweise: *„Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko‘ im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“* Die weltweite Sicherung von Kapitalinteressen geht einher mit der Zurichtung aller gesellschaftlichen Bereiche nach Verwertungsinteressen im Innern. Die massive Spar- und Kürzungspolitik wird in der EU vor allem von der BRD forciert. Dagegen regt sich in zahlreichen europäischen Staaten Widerstand, vor allem in Spanien, Griechenland und England finden Massenproteste statt. Die Aufrüstung von Polizei und Militär ist auch im Zusammenhang mit den zunehmenden sozialen Konflikten zu sehen. Im EU-Vertrag von Lissabon ist deshalb nicht ohne Grund mit dem Artikel 222 der Einsatz des Militärs auch im Innern möglich.

Für einen revolutionären und sozialistischen

Antiimperialismus

Im Kampf gegen die imperialistische Herrschaft fühlen wir uns verbunden mit allen, die für eine fortschrittliche Entwicklung kämpfen. Die Logik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ kann dabei kein Konzept für eine gemeinsame Politik sein. Stattdessen nehmen wir auch innerhalb der internationalen Solidarität eine klassenkämpferische Position ein. Unser Bezugspunkt sind linke revolutionäre Bewegungen und wir sind solidarisch mit fortschrittlichen Kräften, Frauenrechtsinitiativen und gewerkschaftlichen Bewegungen, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, Unterdrückten und Ausgeschlossenen kämpfen. Die internationale Solidarität mit fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen besteht aber nicht allein darin sich mit ihnen Kämpfen zu solidarisieren, sondern es geht vor allem darum den Kampf hierzulande voranzutreiben. Denn die beste Unterstützung der weltweiten Befreiungskämpfe liegt darin, in den imperialistischen Zentren selbst den Kampf gegen Staat und Kapital zu führen. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer starken revolutionären Bewegung ein, die für die Zerstörung der kapitalistischen Machtverhältnisse und für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft kämpft. Der Kampf gegen den Krieg ist dabei ein zentraler Bestandteil unserer politischen Arbeit. Eine eindeutige Position gegen den imperialistischen Krieg zu beziehen und auf verschiedensten Ebenen gegen Militarisierung und Krieg aktiv zu werden ist dringend notwendig...

**Nato raus aus Afghanistan und Libyen!
Krieg dem imperialistischen Krieg!
Für einen revolutionären Aufbauprozess!
Für den Kommunismus!**



Wir unterstützen diesen Aufruf vom [3A]*Revolutionäres Bündnis und mobilisieren damit für eine kämpferische Bundesweite Demonstration | Samstag, 3. Dezember | 11:30 Uhr | Kaiserplatz | Bonn

TROTZ ALLEDDEM!

Zeitung für den Aufbau der
Bolschewistischen Partei in Deutschland
www.trotzalledem.tk trotz.alledem@gmx.net
Kontakt: Postfach48, 73550 Waldstetten,
V.i.S.d.P: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln Oktober 2011